
Sachsen-Anhalt ist „kein politisches Schwergewicht“

Ministerpräsident a. D. Wolfgang Böhmer
(im Gespräch mit den Herausgebern)*

1 Sachsen-Anhalt allgemein

In Sachsen-Anhalt leben ungefähr 2,2 Millionen Menschen, während etwa 79 Millionen Deutsche in einem anderen Bundesland wohnen: Wie würden Sie diesen Leuten Sachsen-Anhalt erklären? Was macht für Sie Sachsen-Anhalt aus? Was ist das Besondere an Sachsen-Anhalt?

Soweit ich es bisher erlebt und erfahren habe, ist Sachsen-Anhalt nicht überall bekannt. Man weiß, wo Sachsen ungefähr liegt, und hat von Sachsen-Anhalt bestenfalls schon mal gehört, dass es das gibt, kann aber nicht so furchtbar viel damit anfangen. Deswegen bin ich der Meinung, dass Sachsen-Anhalt erklärungsbedürftig ist; zumal es ein Landstrich mit einer hohen historischen Bedeutung ist. Nun kann allerdings in der Gegenwart ein Land nicht bloß von seiner Geschichte leben, so bedeutend die auch gewesen sein mag. Das heißt, wir müssen darauf aufmerksam machen, was wir in unserer Zeit geleistet haben und für Deutschland bedeuten: Wir sind ein Land in der Mitte Deutschlands – so ungefähr wenigstens. Wir sind ein künstlich gewachsenes Land. Wir haben nie einen eigenen König gehabt oder eine eigene Identität dargestellt wie z. B. die Bayern oder die Sachsen. Das heißt, wir haben vieles zu erklären. Das haben wir versucht, oft zu tun und die Leute nach Sachsen-Anhalt einzuladen. Aber ich würde niemals sagen, dass wir der „Nabel der Welt“ in Deutschland oder Mitteleuropa wären. Diese Form der Selbstüberschätzung würde uns eher unsympathisch machen.

* Das Interview fand am 2. September 2015 – also ein halbes Jahr vor der sachsen-anhaltischen Landtagswahl im März 2016 – in Lutherstadt Wittenberg statt.

Vor einigen Jahren erregte Sachsen-Anhalt – z. B. auf Schildern an der Autobahn – mit dem Slogan „Das Land der Frühaufsteher“ Aufmerksamkeit. Mittlerweile gibt es den Slogan nicht mehr.

Also, die wollen kein Geld mehr dafür ausgeben. Dieser Slogan stammt übrigens von einer Promotionfirma. Und ich hatte damals so ein kleines Beratungsgremium gebildet, und die sollten dann mitentscheiden. Und als die mir das vorgeschlagen haben, habe ich gesagt: „Ihr müsst doch spinnen!“ Da sagte der ZDF-Intendant Professor Dieter Stolte: „Herr Böhmer, wenn Sie eine logische Formulierung suchen, dann können Sie damit weder Wahlkampf machen, noch sonst was. Sie müssen etwas suchen, was stützig macht, damit die Leute sagen: ‚Was soll denn das?‘ ‚Wir können alles außer Hochdeutsch‘ ist der bekannteste Slogan in Deutschland. Der ist ja auch nicht gerade so, dass man sagt, das ist absolute Logik, aber das ist eine leichte Form für sich zu werben. Und so was brauchen Sie auch. Alles andere ist Schulmeisterei und klingt nach Besserwisseri, macht aber nicht sympathisch.“ Und das hat mich überzeugt.

Sachsen-Anhalt gibt es – wie die anderen ostdeutschen Bundesländer – seit 25 Jahren (wieder). Welche Meilensteine und Probleme gab es in diesem Vierteljahrhundert?

Wir standen vor der Herausforderung aller ostdeutschen Bundesländer, einen in der Geschichte noch nie dagewesenen Transformationsprozess zu gestalten. Dazu gehörte insbesondere die Transformation der Wirtschaftsstrukturen, die gerade bei uns in Sachsen-Anhalt ziemlich schwierig war: Wir hatten wenige, aber sehr große Monopolbetriebe: die Kombinate aus der DDR. Die waren alle, so wie sie bestanden, nicht zukunftsfähig. Im Grunde musste die Wirtschaft nach der Privatisierung mehr oder weniger neu aufgebaut werden. Und das bei einem im Wesentlichen gesättigten Weltmarkt. Das, was unsere Betriebe anzubieten hatten, war nicht unbedingt sehr gefragt. Wir mussten uns nicht nur die Grundlagen des wirtschaftlichen Gestaltens neu aneignen, sondern auch Marktnischen erschließen, um überhaupt wieder auf dem Weltmarkt wahrgenommen zu werden. Die DDR-Wirtschaft war auf einem offenen Weltmarkt nicht wettbewerbsfähig. Und das hat uns bis heute Schwierigkeiten gemacht, die größtenteils, aber noch nicht völlig überwunden sind.

Anfang der 1990er-Jahre waren Sie Finanzminister im Kabinett Münch sowie Arbeits- und Sozialminister im Kabinett Bergner.

Das sind völlig unterschiedliche Gestaltungsbereiche: Was die Zeit als Finanzminister betrifft, war das die Zeit, als wir aus dem *Fonds Deutsche Einheit* finanziert wurden, also noch nicht in den Länderfinanzausgleich eingebunden waren und für die notwendigen Investitionen Kredite aufnehmen mussten. Das haben alle neuen Bundesländer machen müssen. Damals war es schwierig, die nicht unmittelbar der Wirtschaft dienenden Bereiche (z. B. Hochschulen) zu finanzieren.

Trotzdem waren wir das erste Bundesland in Deutschland, das einen gesetzlichen Anspruch auf die Betreuung im Kindergarten eingeführt hat. Das hat natürlich auch Geld gekostet. Aber wir waren damals der Meinung – und ich halte das auch heute

noch nicht für völlig falsch –, dass das für die Berufstätigkeit der Frauen ganz wichtig ist. Wenn es darum geht, die Wirtschaft aufzubauen, muss man auch diese Möglichkeit bieten. Diese Gedanken sind nicht völlig aufgegangen. Ich habe mir damals gedacht, dass die jungen Leute lieber bei uns bleiben würden als in ein Bundesland zu gehen, wo es diese Möglichkeit nicht gibt. Aber die Wirklichkeit war anders: Die jungen Leute sind dorthin gegangen, wo sie gut bezahlte Arbeit gefunden haben, und nicht dorthin, wo sie einen Kindergartenplatz angeboten bekommen haben. Das heißt: Die Vorstellung, man könnte diese Entscheidung mit sozialen Erleichterungen beeinflussen, hat sich nicht bewahrheitet. Das war ein Trugschluss, der auch aus dem Denken der DDR-Zeit her rührte.

Nach der Binnenperspektive würden wir gerne von außen auf Sachsen-Anhalt schauen: Als Ministerpräsident gehörten Sie dem Bundesrat an. Dort treffen sich die Repräsentanten aller Landesregierungen: Wie nahmen die anderen Politiker Sachsen-Anhalt wahr? Wie ist die Außensicht auf das relativ kleine Bundesland?

Wir wurden immer höflich begrüßt, und das Gesprächsklima war äußerst fair. Aber ich war mir von vornherein im Klaren, dass wir kein politisches Schwergewicht sind. Deswegen war es für uns wichtig, dass die neuen Bundesländer möglichst abgestimmt agiert haben. Dann wurden wir ernstgenommen.

Wie einfach war diese Koordination der ostdeutschen Bundesländer, denn diese sind weder politisch noch wirtschaftlich eine Einheit?

Auch wenn wir keine formale Einheit waren, hatten wir doch gemeinsame Interessen. Und in diesen Punkten war die Zusammenarbeit relativ problemlos. Das betraf beispielsweise die Einbeziehung der neuen Bundesländer in den Länderfinanzausgleich und die Verhandlungen über den ersten Solidarpakt. Da hatten wir gemeinsame Interessen und haben uns abgestimmt.

2 Sachsen-Anhalt und Europa

Der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments Hans-Gert Pöttering lobte 2011 Ihr europapolitisches Engagement, weil Sie die EU in Sachsen-Anhalt zur Chefsache gemacht haben. Welche Rolle spielte für Sie die Europäische Union bei der Gestaltung der Landespolitik? Welche Rolle wünschten Sie sich für Sachsen-Anhalt in Europa?

Wir gehörten zu den Ländern, deren Bruttosozialprodukt pro Einwohner unter 75 Prozent des europäischen Durchschnitts lag. Das heißt: Wir waren Förderregion I und haben dadurch viel Hilfe von Europa bekommen. Das machte Europa für uns schon wichtig. Die Wünsche waren, dass wir bei der Formulierung und Konstituierung der Förderprogramme unsere sachbedingten Notwendigkeiten einbringen konnten. Wenn Sie Geld bekommen und Sie können damit nicht allzu viel anfangen, weil die Konditionen, die von Brüssel festgelegt werden, einfach nicht passen, dann

wird es schwierig, und Sie müssen mit Rückzahlungen rechnen. Deswegen war es für uns immer wichtig, in die Gespräche hineinzukommen, wenn die Förderprogramme konstituiert wurden. Dort haben wir gesagt: „Macht das lieber so, dann nutzt uns das mehr.“ Das kann man nicht auf einem direkten Weg machen, das kann man nur über die Europaabgeordneten machen oder persönliche Gespräche. Und diese Kontakte waren uns wichtig, und die haben wir auch genutzt.

Können Sie dafür ein konkretes Beispiel nennen?

Sie konnten jetzt in der Zeitung lesen, dass Sachsen-Anhalt Geld zurückzahlen muss, weil dieses unzumutbar verwandt worden wäre. Das war ein solches Problem. Also wenn Sie sagen, Sie können das Geld zur Werbung benutzen, um das Image des Landes zu verbessern, ist das natürlich gestaltbar. Wenn Sie sagen, Sie können das Geld zur Wirtschaftsförderung benutzen, stellt sich die Frage: Was gehört dazu, und was nicht? Diese Einzelheiten, die machen das Leben dann bei der Verwendungsnachweisprüfung schwierig. Und deswegen war es uns wichtig, von vornherein über diese Dinge zu sprechen.

Es gibt bis heute die Konferenzen der ostdeutschen Ministerpräsidenten, an denen auch Sie teilgenommen haben. Haben Sie sich bzw. Sachsen-Anhalt als eine Art Wortführer für die anderen ostdeutschen Länder in der Europäischen Union verstanden?

Nein, das würde die anderen brüskieren. Es ist so, dass es eine Gesprächsrunde der ostdeutschen Ministerpräsidenten gibt und dass dort von Jahr zu Jahr der Vorsitz wechselt. Und immer das Vorsitzland muss dann für die anderen mitsprechen.

In Ihrer Amtszeit als Ministerpräsident wurde das Ministerium für Bundes- und Europaangelegenheiten aufgelöst und in die Staatskanzlei integriert. Wollten Sie mit dieser Entscheidung Europa zur „Chefsache“ machen?

Es geht nicht darum, das zur Chefsache zu machen. Aber die Beziehungen zur Europäischen Union strahlen in jedes Ressort hinein. Und deswegen hielt ich es für richtig, dass es kein eigenes Ministerium gibt, sondern dass die Staatskanzlei, die die Strukturen der Politik im Lande zu steuern hat, diese Aufgaben übernimmt. Und ich bin heute der Meinung, dass sich das bewährt hat.

Also es hatte vorrangig verwaltungspolitische Gründe?

Ja, und organisatorische Gründe.

Und hatte es vielleicht auch eine symbolische Komponente?

Nein, man sollte das nicht überbewerten. Wenn Sie anfangen symbolisch zu interpretieren, dann bekommt das schon einen bestimmten Touch. Und da muss man sich vor Fehlinterpretationen hüten. Also es hatte vorrangig verwaltungstechnische, politikorganisatorische Gründe.

Der für Europa zuständige Minister ist gleichzeitig Chef der Staatskanzlei und hat damit – ähnlich wie der Kanzleramtschef auf der Bundesebene – eine andere Stellung im Kabinett.

Bis 2002 war der Chef der Staatskanzlei Staatssekretär. Ich habe dann aus ihm einen Minister gemacht, der für den Geschäftsbereich „Europa“ und das Führen der anderen Landesministerien zuständig ist. Ich bin heute noch der Meinung, dass das eine gute Entscheidung war.

Gibt es innerhalb des Kabinetts eine Rangfolge zwischen den Ministern?

Psychologische Momente kann man ansprechen, sollte aber man lieber weglassen. Es geht darum, dass Politik auch straff geführt werden muss. Wenn man das macht, verhindert man Reiberein. Das war mir wichtig.

Solche Effizienzüberlegungen sind gerade bei der Europäischen Union wichtig, weil auf der europäischen Ebene oft schnell gehandelt werden muss.

Natürlich! Ein Land muss einheitlich abgestimmt handeln. Wenn Sie nach Brüssel kommen und Sie müssen sich dort anhören: „Jeder, der von ihnen da war, erzählt uns was anderes. Was gilt denn nun?“, dann können sie gleich nach Hause fahren.

3 Politische Kultur und Koalitionen

In den ersten Jahren nach der Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt gab es einige politische Krisen, weshalb innerhalb einer Legislaturperiode drei Ministerpräsidenten amtierten. Zwei der drei Kabinette gehörten Sie an: Können Sie die damalige politische Situation beschreiben? Warum war Sachsen-Anhalt so krisengeplagt?

Das waren auch Folgen psychologischer Unsicherheiten. Wir waren – das muss man ehrlich zugeben – nicht erfahren im politischen Geschäft. Bei Gerd Gies ging es damals um Verdächtigungen, die sich auf einzelne Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion bezüglich einer eventuell verschwiegene Zusammenarbeit mit der Stasi bezogen. Das war damals die Zeit, als die ersten IMs aufgedeckt wurden. Und da gab es auch einige nachträglich nicht bestätigte Verdächtigungen. In diesem Konflikt, der natürlich zu menschlichen Streitigkeiten führte, hatte Herr Gies seinen Rückhalt in der Fraktion verloren und ist dann folgerichtig zurückgetreten.

Das nächste Problem, nachdem dann Herr Münch Ministerpräsident wurde, war die Bezahlung der West-Minister: Es galt unausgesprochen der Grundsatz, dass die deswegen, weil sie in den Osten gekommen sind, nicht schlechter dastehen sollten, als sie vorher dagestanden haben. Es gab ein Ministergesetz, in dem stand, dass die West-Minister einen Zuschlag in Höhe ihrer früheren Bezüge bekommen. Sie sollten sich nicht verschlechtern. Und diese früheren Bezüge mussten nachgewiesen werden. Als diese Nachweise vorlagen, gab es einen öffentlich gemachten Streit zwischen dem Präsidenten des Landesrechnungshofes und der Landesregierung, insbesondere dem

Finanzminister, darüber, wie der Begriff „frühere Bezüge“ zu interpretieren sei. Der Rechnungshofspräsident sagte: „Nur das, was einkommensteuerpflichtig ist, darf gezählt werden.“ Wir als Regierung hatten eine andere Definition angewandt: Aus dem Scheidungsurteil von Bundestagsabgeordneten wussten wir, dass auch die nichteinkommensteuerpflichtigen Bestandteile der Aufwandsentschädigung zu den Bezügen gehörten. Deswegen haben wir die auch mitgerechnet. An dieser politischen Streitfrage ist die Regierung zerbrochen. Das lag auch daran, dass der Rechnungshofspräsident seine Sicht der Dinge in den Zeitungen platzieren konnte, die Journalisten ihm Recht gegeben und die West-Minister als „Raffkes“ beschrieben haben. Dieser politische Druck war dann nicht mehr auszuhalten. Daran ist die Regierung letztlich zerbrochen. Etwa vier Jahre später hat das Obergerverwaltungsgericht unserer Deutung Recht gegeben, dass es eine vermögensrechtliche und keine einkommensrechtliche Beurteilung gewesen sei. Da war dann alles schon gelaufen; das hat uns überhaupt nichts mehr genützt. Das war damals ein Streitpunkt, den gibt es nur in solchen Übergangszeiten; den hätte es sonst nie gegeben.

Dann kam die Regierung von Christoph Bergner, der einen Wahlkampf mit großer Demut geführt hat. Das hat erstaunlicherweise dazu geführt, dass die CDU immer noch vor der SPD lag. Aber das hat uns nichts mehr genützt.

Nach der Landtagswahl 1994 wurde keine CDU-geführte Große Koalition gebildet, sondern eine rot-grüne Minderheitsregierung, die sich von der PDS tolerieren ließ. Als Grund dafür, dass es zu keiner Zusammenarbeit zwischen CDU und SPD kam, wird gelegentlich das schlechte Verhältnis zwischen Christoph Bergner und Reinhard Höppner genannt. Wie ist Ihr Eindruck?

Das ist nicht falsch. Aber ich würde das trotzdem nicht als einzige Ursache ansehen, denn menschliche Verhältnisse dürfen für politische Entscheidungen nicht ausschlaggebend sein. Da muss man schon über den Dingen stehen. Und wer das auf menschliche Verhältnisse runter transformiert, der betrachtet politische Konflikte so ähnlich wie Konflikte im Kindergarten. Das würde ich aber nicht gerne hinnehmen.

Es war natürlich das Ziel von Herrn Höppner, Ministerpräsident zu werden. Das war das überragende Ziel. Und wenn Sie eine solche Möglichkeit sehen, machen Sie das auch. Es war der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Herr Tschiche, der die Verbindung zwischen SPD und PDS herstellt und die Gespräche moderiert hat. Und die wollten natürlich auch regieren; das ist ein in der Politik übliches Ziel. Und alle daran Beteiligten hatten einen eigenen Vorteil: Die SPD unter Höppner war froh, dass sie die Regierung stellen konnte; die Grünen, dass sie mit in die Regierung kamen; und die PDS, dass sie als regierungsfähig angesehen wurde.

Diese Koalition, die eine Minderheitsregierung war, ist nur durch das Eigeninteresse der PDS zu erklären. Die hätte jederzeit sagen können: „Jetzt ist Schluss!“ Und ich weiß auch, dass die Gespräche der Parteivorstände schwierig waren. Aber sie haben immer eine Lösung gefunden, wenn es für die Beteiligten vorteilhaft war, sich zu

einigen. Auch für die PDS, die auf diese Weise als politikfähig angesehen wurde. Und die haben sich teilweise bis zur Selbstverleugnung gebeugt oder angepasst, damit dieses Modell nicht kaputtgeht. Es sollte deutlich werden, dass sie ein zuverlässiger politischer Partner sind.

Bis einschließlich 2002 fand die sachsen-anhaltische Landtagswahl immer nur wenige Monate vor der Bundestagswahl statt. Das hatte auch Auswirkungen auf die Wahlergebnisse in Sachsen-Anhalt. Der Absturz der CDU bei der Landtagswahl 1998 auf 22 Prozent hatte weniger landes- als vielmehr bundespolitische Gründe.

Ganz eindeutig! 1998 gab es den bundesweiten Slogan „Kohl muss weg!“. Und das hat dann letztlich auch uns als CDU in Sachsen-Anhalt geschadet.

Vor der Bundestagswahl 1994 griff die Bundes-CDU mit der sogenannten Rote-Socken-Kampagne die Bildung der rot-grünen Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt auf. Diese Kampagne war im Osten – auch in der CDU – nicht unumstritten. Wie war damals Ihr Eindruck bzw. Ihre Position zu dieser Kampagne?

Ich hatte damals schon den Eindruck, das zieht im Westen mehr als im Osten. Aber weil die Mengenverhältnisse recht unterschiedlich sind, muss man dort die Stimmung aufnehmen, wo man gewinnen kann. Natürlich wollte die CDU auch im Osten gewinnen. Und es gab auch Leute im Osten, die das nicht schlecht fanden. Aber ich hatte den Eindruck: Es ist an der gefühlten Mentalität im Osten vorbeigeredet. Aber das kann man auch anders sehen.

Nach der Landtagswahl 2002 wurden Sie Ministerpräsident – erst in einer CDU-FDP-Regierung und dann ab 2006 in einer Großen Koalition mit der SPD. Wie gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den Liberalen bzw. mit den Sozialdemokraten? Gab es Unterschiede und Gemeinsamkeiten?

Natürlich sind die Konfliktschwerpunkte andere: Also Probleme der Inneren Sicherheit sind mit der SPD leichter zu klären als mit der FDP. Probleme der Wirtschaftsförderung sind mit der FDP leichter zu klären als mit der SPD. Aber das weiß man vorher.

Ich weiß nicht, ob die anderen das auch so sehen, aber ich bin mit den Problemen zurechtgekommen. Sie waren gelegentlich vorhersehbar. Wir haben uns zusammengesetzt und auch nicht an den Problemen vorbeigeredet, sondern die Dinge direkt besprochen. Wenn es ein Problem gibt, muss man das bilateral klären; je mehr Leute mitgackern, umso schwieriger wird es. Es gab dann Vier-Augen-Gespräche mit dem Minister. Und da muss man gelegentlich sagen: „Dieses Land leistet sich nur einen Ministerpräsidenten.“ Und das war damals eben ich.

Bei der Landtagswahl 2002 trat die FDP mit Cornelia Pieper als Ministerpräsidentenkandidatin an und schaffte mit etwa 13 Prozent den Wiedereinzug in den Landtag und wurde Regierungspartei. Gleichwohl wechselte Cornelia Pieper nicht nach Magdeburg,

sondern blieb Bundestagsabgeordnete. Wäre aus Ihrer Sicht eine Zusammenarbeit mit Frau Pieper als stellvertretende Ministerpräsidentin möglich gewesen?

Das ist eine hypothetische Frage. Aber ich kann mich erinnern, dass Frau Pieper im Wahlkampf immer gesagt hat: „Ich will Ministerpräsidentin werden.“ Bei den Koalitionsgesprächen war das ihre erste Forderung. Es ist ungewöhnlich, dass der kleinere Koalitionspartner den Ministerpräsidenten stellen will. Da habe ich gesagt: „Frau Pieper, da können wir nach Hause gehen. Da brauchen wir nicht wiederzukommen. Das war's.“ Bei der nächsten Runde gab es dann diese Forderung nicht mehr. Und dann hat sie sich so entschieden, wie sie sich entschieden hat. Das war für mich kein Thema, über das ich ernsthaft lange diskutiert hätte.

Sie waren insgesamt neun Jahre Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt; so lange war niemand anderes Regierungschef des Landes. Wie sieht jetzt – fast fünf Jahre nach Ihrem freiwilligen Auszug aus der Staatskanzlei – Ihre Bilanz der Zeit als Ministerpräsident aus? Was ist gutgelaufen; was hätte besser sein können?

Ich würde niemals behaupten, dass alle meine Wünsche erfüllt wurden. Ich hätte mir sehr gewünscht, dass wir die Wirtschaft wesentlich mehr ankurbeln können. Ich hätte mir noch mehr Investoren gewünscht. Ich hätte mir eine noch gründlichere Absenkung der Arbeitslosigkeit gewünscht. Das alles haben wir nicht wunschgemäß geschafft, aber wir waren auf diesen Gebieten auch nicht erfolglos. 2002 hatte Sachsen-Anhalt 96 Monate ohne Unterbrechung bundesweit die höchste Arbeitslosigkeit. Die hatten wir dann nach einigen Jahren nicht mehr. Wir waren also nicht erfolglos, aber nicht alle Blütenträume sind gereift.

Und dass die einzelnen Parteien das anders sehen, ist das politische Geschäft. Ich höre jetzt von der SPD, dass die beste Zeit für Sachsen-Anhalt die Jahre unter Höppner gewesen wäre. Viele in Sachsen-Anhalt haben das damals nicht so gesehen. Aber das ist eben die eigene Partei-Brille, und deshalb halte ich mich da sehr zurück.

Sie haben eben angesprochen, dass Sachsen-Anhalt 96 Monate in Folge die höchste Arbeitslosenquote der deutschen Bundesländer hatte. Im Landtagswahlkampf 2002 nutzte die CDU den „Rote-Laterne“-Slogan.

Dieser Slogan stammt nicht von mir, aber die CDU hat ihn genutzt.

Der Slogan war sehr plakativ und weckte bei den Wählern die Hoffnung auf baldige Besserung der Situation.

Also, wenn Ihnen jemand dadurch helfen will, dass er die Politik einer abzuwählenden Regierung nicht lobt, sondern mit solchen markigen Worten charakterisiert, dann kann man sich nicht dagegenstellen. Ich selber habe das nie als Wahlkampf-instrument genutzt. Aber ich war ja auch kein typischer Politiker. Ich habe Wahlkampf für mich mit dem Slogan „Wir werden das Kind schon schaukeln“ gemacht. Damals haben die Parteifunktionäre bis hoch zu Frau Merkel gefragt, was denn dieser Quatsch soll. Ich bin da nicht verstanden worden. Aber ich hatte den Eindruck,

die Bevölkerung hat es nicht ungern zur Kenntnis genommen, dass da mal jemand kommt, der nicht nur sich selber lobt, sondern der sagt: „Leute, habt Vertrauen. Wir werden es schon packen!“

Und ich bin auch heute noch der Meinung, dass die plakative Werbung – egal von welcher Partei – eher kontraproduktiv ist. Die Leute wollen Vertrauen in die Zukunft haben. Sie suchen Politiker, die den Eindruck erwecken, sie werden mit den Problemen fertig, ohne unentwegt sich selbst zu loben und die anderen madig zu machen. Das schafft ein politisches Klima, das zur großen Parteienverdrossenheit geführt hat und auch weiterhin führen wird. Deswegen habe ich mich da möglichst rausgehalten.

Dadurch wird auch das Image des Landesvaters gestärkt.

Das habe ich nicht gezielt angestrebt; aber es ist mir beizeiten zugeschrieben worden.

4 Hochschul- und Innovationspolitik

Die Hochschulpolitik ist ein heftig umstrittenes Thema: Sachsen-Anhalt hat zwei große Universitäten, die Otto-von-Guericke Universität in Magdeburg und die Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg. In den letzten zwei Jahren hat die Hochschulreform, die von Wissenschaftsminister Hartmut Möllring vorangetrieben wurde und nun bis 2019 Kürzungen von jährlich fünf Millionen Euro im höheren Bildungssektor vorsieht, für heftige Diskussionen gesorgt. Wie sehen Sie diese Diskussionen über die Einsparmaßnahmen? Sehen Sie Kürzungen im Bildungssektor für ein noch immer strukturell relativ schwaches Land als zielführend? Wie verändert das den Bildungsstandort Sachsen-Anhalt? Wie wirkt sich das auch auf die Zukunft aus?

Also, ich habe nicht den Eindruck, dass diese Diskussionen dem Land genützt haben. Ich bitte aber auch um großes Verständnis dafür, dass ich nichts Wertendes zu meiner Nachfolgeregierung sagen möchte. Ich habe schon einmal den Mund aufgemacht und mir damit viel Ärger eingehandelt. Natürlich braucht ein Land alles Mögliche: Wir müssen die vorschulische Kinderbetreuung fördern, wir müssen die schulische Entwicklung fördern und natürlich auch die Hochschulen. Da wir nicht alles gleichzeitig können, müssen wir Prioritäten setzen. Für die zukünftige Entwicklung des Landes ist aus meiner Sicht die Wirtschaftsförderung durch Innovationsförderung das Wichtigste. Wenn wir nur produzieren und machen, was andere schon bis zur Marktsättigung gemacht haben, werden wir niemals erfolgreich werden. Wenn wir wirtschaftlichen Erfolg, damit höhere Steuereinkommen und mehr Möglichkeiten haben wollen, andere Sachen auch zu fördern, dann muss die Wirtschaft funktionieren. Dann müssen wir marktfähige Produkte anbieten können – wettbewerbsfähige Produkte. Die anderen schlafen ja auch nicht!

Aus meiner Sicht ist für die wirtschaftliche oder überhaupt für die Entwicklung des Landes die Wirtschaftsförderung das Allerwichtigste, und zwar die Innovations-

förderung. Dass unseren Betrieben dabei geholfen wird, mit immer neuen Ideen auf den Markt zu kommen, die Marktsegmente auszuweiten, den Export auszuweiten. Und das ist für mich der wichtigste Schwerpunkt, dafür brauchen wir das Geld. Und das geht nicht ohne eine Förderung des Hochschul-, wenigstens des Technologiebereiches. Alles, was mit Maschinenbau und Ähnlichem zusammenhängt, ist für mich das Allerwichtigste, um den eigenen Betrieben zu helfen, wettbewerbsfähig zu bleiben. Und wenn uns das gelingt, dann werden wir auch alles andere nachfolgend finanzieren können. Aber zu sagen, die frühkindliche Kinderbetreuung ist uns das Allerwichtigste, da muss das Geld hin, da sparen wir es lieber bei den Hochschulen ein, das ist für mich eine nicht zukunftsfähige Bürde. Das habe ich auch schon laut gesagt, bin dafür auch schon sehr viel gescholten worden. Aber ich halte es trotzdem für eine richtige Einschätzung.

Das heißt: Bildung muss generell gefördert werden ...

Bildung ist generell wichtig. Aber auch innerhalb der Bildungsförderung gilt es Schwerpunkte zu setzen.

Und Sachsen-Anhalt braucht für die Innovation auch innovative Köpfe, weshalb das Land dafür auch Geld bereitstellen muss.

Natürlich! Wissen Sie, mit drei Jahren lernen sie, die eigenen Schuhe zuzubinden und die Jäckchen anzuziehen. Das können auch noch die Eltern den Kindern beibringen, das muss nicht unbedingt der Staat machen. Das ist so. Und wenn die Kinder am Tag drei oder vier Stunden den eigenen Eltern ausgesetzt sind, ist das für mich noch keine Benachteiligung. Aber wenn Sie sich anhören, was die jetzige Regierung sagt, da können Sie sich nur wundern.

5 Aktuelle und künftige Herausforderungen für das Land

Bisher hatten wir hauptsächlich einen retrospektiven Blick auf die 25 Jahre seit der Wiedergründung des Landes. Jetzt würden wir gerne ein bisschen in die Zukunft schauen, auch wenn das naturgemäß schwierig ist: Vor welchen Herausforderungen steht Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren?

Ein Problem ist die demografische Entwicklung. Nachdem wir uns in Deutschland alle davon verabschiedet haben, ein biologisches Gleichgewicht zu erhalten, werden wir mit einer Überalterung rechnen müssen. Außerdem wird es auf dem Arbeitsmarkt ein Defizit an jungen Leuten geben, die das Geld für die Renten verdienen sollen. Aber da weiß man auch aus der Geschichte, dass die Leute dorthin ziehen, wo sie ordentliche Arbeit haben und gut verdienen können.

Die jetzige Situation mit der Asylpolitik wird wahrscheinlich auch noch 50 oder 60 Jahre so bestehen bleiben. Das ist aus meiner Sicht kein Problem, das kurzfristig gelöst werden kann. Die Wohlstandsunterschiede auf dieser Welt sind so groß, dass

sie selbst bis in die Hütten in Afrika bekannt geworden sind. Lange Zeit haben die Leute in Afrika gar nicht gewusst, wie das Leben woanders sein kann. Aber seitdem man sich in jedem Zelt oder in jeder Hütte mit Kofferradio oder Smartphone erkundigen kann, wissen die Leute, dass das Leben woanders anders ist. Das wird so bleiben. Und die Kriege, von denen wir jetzt reden, sind natürlich machtpolitische Kriege, aber sie sind auch Glaubenskriege. Die letzten Glaubenskriege in Europa haben sich über 100 Jahre hingezogen. Und wir haben auch damals schon aus Glaubenskonflikten heraus halbe Völkerwanderungen erlebt. Das erleben wir jetzt wieder. Und das wird so schnell nicht weggehen. Da können die Mauern bauen, wie sie wollen. Dieses Problem werden wir so schnell nicht loswerden. Dazu braucht man für den Islam eine Phase der Aufklärung, wie sie Mitteleuropa schon hinter sich hat. Und dazu braucht man eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung, die den Leuten in den unterentwickelten Ländern die Möglichkeit gibt, zu arbeiten und sich selber Wohlstand aufzubauen. Das schafft man aber nicht nur durch Reden. Hier muss sich auch Sachsen-Anhalt engagieren.

In letzter Zeit wird verstärkt davon gesprochen, das demografische Problem mit Zuwanderung zu lösen. Allerdings kam es im März 2015 in Tröglitz zu Ausschreitungen von Teilen der Bevölkerung.

Das ist richtig. Aber von solchen terroristischen Einzelbewegungen darf sich die Landespolitik nicht leiten lassen.

Zuwanderung wäre also prinzipiell ein zukunftsweisendes Konzept für Sachsen-Anhalt?
Das sind alles Entwicklungen, die es schon in der Geschichte gegeben hat. Das frühere Preußen war mal Zuwanderungsland, insbesondere für die Hugenotten aus Frankreich, und hat davon sehr profitiert. Und auch wir könnten davon profitieren, wenn es gelingt, die Leute zu assimilieren und so zu qualifizieren, dass sie tatsächlich nutzen. Jemanden zum Facharbeiter auszubilden, ist ein langer Weg. Ich halte das im Grundsatz nicht für falsch, aber für eine Aufgabe, die noch nicht gelöst ist und großer Anstrengungen bedarf.

Das könnte aber eine Chance für Sachsen-Anhalt sein.

Also, wenn wir zu faul sind, eigene Kinder zu zeugen, dann sind wir auf Zuwanderung angewiesen. Das ist ganz schlicht und einfach. Die Zahl der Kinder pro Frau liegt weit unter dem notwendigen Reproduktionsniveau.

Kommen wir zu einem anderen Punkt: Wo sehen Sie Potenziale für Sachsen-Anhalt?

Unsere Chance ist die industrielle Entwicklung. Wir haben nicht allzu viele Bodenschätze. Das Bisschen, das wir haben, ist nicht unbedingt weltbewegend. Aber wir haben eine gute Industrie und ein intellektuelles Potenzial, das ausbaufähig ist. Das heißt: Wir haben die besten Voraussetzungen für Innovationsforschung und Ähnliches. Das Potenzial müssen wir nutzen.

Mitteldeutschland ist vor fast 100 Jahren durch die chemische Industrie bedeutend geworden. Das war damals das Haber-Bosch-Verfahren zur Herstellung von Stickstoffdünger. Das war später die Herstellung von Filmen. Das hat Mitteldeutschland bedeutend gemacht. Und wir müssen für das 21. Jahrhundert auch wieder gerüstet sein, um mit bestimmten industriellen Schwerpunkten unsere wirtschaftliche Grundlage zu sichern. Und nur wenn wir diesen Weg gehen, werden wir erfolgreich sein. Davon bin ich ganz sicher überzeugt. Sonst sind wir dauernd Bettler im Länderfinanzausgleich und im Konflikt mit den anderen Ländern. Und das hat das Land meiner Ansicht nach nicht verdient.

Der Länderfinanzausgleich ist ein gutes Stichwort: Ende 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Es gibt immer wieder Überlegungen, ob es einen dritten Solidarpakt geben soll. Ist das dann 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eigentlich noch zielführend, wenn man das Geld weiterhin nach der Himmelsrichtung verteilt?

Das wird es nicht geben. Da braucht man gar nicht drüber zu reden. Dieses Grundverständnis „Wir müssen alles für den Osten tun“ ist lange schon vorbei – auch aus gutem Grund. Das heißt: Wir müssen uns darauf einigen, dass wir die Förderpolitik in Deutschland nach der Fördernotwendigkeit ausrichten, und nicht nach Himmelsrichtungen. Bis dahin sind sich alle einig. Wenn es darum geht, die Fördernotwendigkeit zu definieren, geht der Konflikt los. Da sagt jeder: „Unsere Autobahnen sind älter als eure und müssen zuerst repariert werden.“ Also, die Fördernotwendigkeit in einem Land zu definieren, ist das Allerschwierigste. Da kann man nach Städten fördern. Es gibt aber auch in Rheinland-Pfalz oder Nordrhein-Westfalen reiche und arme Städte. Der Bund darf keine einzelne Stadt fördern, er kann nur Ländern fördern. Das heißt: Er müsste beispielsweise Rheinland-Pfalz Geld geben, aber Rheinland-Pfalz steht jetzt so schlecht nicht da.

Die Förderbedingungen für die regionale Förderfähigkeit zu definieren, hat bis jetzt noch niemand geschafft. Unter den Ministerpräsidenten wird schon seit vielen Jahren über solche Sachen gesprochen. Ich habe das mal vorgetragen. Da hat Edmund Stoiber zu mir gesagt: „Herr Böhmer, denken Sie mal Ihre eigenen Gedanken zu Ende. Was soll ich denn in Bayern machen? Den einen geht's gut, den anderen geht's schlecht. Da liegt der ganze Knatsch doch bei mir.“

Kommen wir zu einem anderen Thema: Gelegentlich wird in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit aus verschiedenen Gründen (z. B. Finanzen, Verwaltung) darüber nachgedacht, aus den drei mitteldeutschen Ländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ein Bundesland zu machen. Was halten Sie von einem Bundesland Mitteldeutschland? Also, ich halte das für eine Diskussion von und unter Leuten, die keine emotionale Bindung zu Sachsen-Anhalt haben. Derjenige, der das vorantreibt, ist ein SPD-Landtagsabgeordneter, der nicht aus Sachsen-Anhalt stammt.

Die Sachsen werden mit Sicherheit nicht „Mitteldeutsche“ werden wollen; die wollen Sachsen bleiben. Was anderes kommt für die gar nicht in Frage. Wenn Sie

mit den Sachsen reden, dann sagen die: „Ihr könnt gerne zu uns kommen. Dresden bleibt Hauptstadt. Und ihr werdet Sachsen.“ Und Thüringen ist stolz darauf, Freistaat zu sein. Ob das eine große Bedeutung hat, weiß ich nicht, aber sie sind stolz darauf. Die haben darum gekämpft und werden doch nicht freiwillig „Mitteldeutsche“ werden. Also, ich halte das für eine an den emotionalen Befindlichkeiten der Menschen vorbeigehende Diskussion.

Sachsen-Anhalt ist anders. Sachsen-Anhalt hat keine eigene Geschichte, hat nie einen eigenen König gehabt und war nie ein eigenes Reich in Deutschland. Bei Sachsen-Anhalt könnte ich mir vorstellen, dass die Altmark zu Brandenburg tendiert; dazu hat sie schon mal gehört. Da könnte ich mir vorstellen, dass der Harzvorraum zu Niedersachsen tendiert; der war früher Teil von Braunschweig. Da könnte ich mir vorstellen, dass das Saale-Unstrut-Gebiet zu Thüringen gehört; da haben sie einmal dazugehört. Ich könnte mir gut vorstellen, dass die Region Halle, Bitterfeld und Wittenberg zu Sachsen gehört; die waren bis 1815 sächsisch. Aber dass die alle gemeinsam „Mitteldeutsche“ werden wollen, glaube ich nicht – schon gar nicht, wenn die anderen nicht wollen. Und die anderen werden doch nicht unsertwegen auf ihren Stolz, Sachsen zu sein oder der Freistaat Thüringen zu sein, verzichten. Das ist doch eine Diskussion ohne Kenntnis der Menschen hier. Deswegen muss man sie nicht für besonders ernstnehmen. Das führt an der Lebensrealität vorbei.

Sie haben die regionalen Emotionen und Mentalitäten angesprochen. Ein Bundesland Mitteldeutschland würde von der Altmark im Norden bis zum Thüringer Wald im Südwesten und der Oberlausitz im Südosten reichen.

Stellen Sie sich mal vor, die Polen erleben, dass sich an ihrer Grenze ein deutsches Bundesland „Mitteldeutschland“ nennt. Das finden die nicht lustig. Also sollte man das lassen.

Auch wenn finanzpolitische Gründe nicht von der Hand zu weisen wären?

Ach, wissen Sie: Man hätte dann zwar nur einen Landtag, sicherlich mit ein paar Abgeordneten weniger. Aber der Landtag wäre größer als der jetzige. Und die Verwaltungskosten würden nur unbedeutend sinken. Sie können ein so großes Land nicht zentral regieren. Sie brauchen Regierungspräsidien oder Ähnliches. Also, ich halte das für eine nicht sehr tragfähige Diskussion.

Und bei einem Zusammenschluss der Länder würde sich die Frage nach der Hauptstadt stellen: Magdeburg, Erfurt und Dresden würden jeweils eher am Rande eines solchen Bundeslandes liegen. Leipzig oder Halle wären relativ zentral. Aber dort die Institutionen des neuen Landes aufzubauen, würde viel Geld kosten und deshalb gegen finanzielle Einsparungen durch eine Fusion sprechen. Wenn es gut läuft, wäre es vielleicht ein Nullsummenspiel.

Aber da müsste es sehr gut laufen. Wahrscheinlich ist es eine glatte Milchmädchenrechnung.

6 Ein Blick auf die Landtagswahl 2016

Laut den letzten Meinungsumfragen von Juni 2015 führt Ihre Partei mit etwa 35 Prozent. Die AfD, welche im März 2016 das erste Mal für den Landtag in Sachsen-Anhalt kandidiert, steht bei sechs Prozent. Wie sehen Sie die Perspektiven der AfD in Sachsen-Anhalt? Könnte sie irgendwann zur „Alternative für die CDU“ werden? Kann sie in einem noch immer relativ strukturarmen Land wie Sachsen-Anhalt Protestwähler, gerade auch enttäuschte Wähler, die sich nach der „Wende“ mehr erhofft hätten, mobilisieren? Könnte die AfD auch Wähler von der CDU abwerben?

Also, ich muss mal sagen, bisher habe ich von der AfD in Sachsen-Anhalt nicht viel gehört. Ich weiß nicht, mit welcher Programmatik sie auftreten wird. Diese Frage halte ich zurzeit für noch nicht schlüssig beantwortbar. Da muss man erst mal gucken, wie die sich finden, wie die sich formieren, was für politische Ziele sie haben, was für Leute das sind. Ich hoffe, dass in Sachsen-Anhalt nicht nur Wichtigtuer auftreten werden. Und dass nur eine überzeugende Programmatik und überzeugende, vertrauenswürdige Personen gewählt werden. Und da kann ich die AfD überhaupt nicht einschätzen. Bis jetzt hört man ja nur Chaotisches von denen. Ich habe auch schon mal diskutiert mit Leuten, die zu den Piraten gehört haben. Die haben mir versucht klar zu machen, dass die Piraten die bedeutendste Partei Deutschlands werden wird. Jetzt hört man gar nichts mehr davon. Also ganz gelassen herankommen lassen.

Nach aktuellen Umfragen ist in Sachsen-Anhalt eine rot-rot-grüne Regierung unter einem Ministerpräsidenten der Linken möglich, wie es sie seit Dezember 2014 in Thüringen gibt. Halten Sie ein solches Bündnis für realistisch? Oder wird es doch als „letzte Ausfahrt“ eine Große Koalition unter Führung der CDU geben?

Sie werden verstehen, dass ich eine Koalition aus CDU und SPD für vernünftiger halte. Aber gegenwärtig kann man diese andere Variante nicht ausschließen. Sie wird auch nicht von der SPD ausgeschlossen. Dass die Grünen dafür sind, kann man nachlesen. Dass die Linkspartei dafür ist, ist verständlich. Die SPD sagt: „Wir entscheiden uns erst nach der Wahl!“ Ich halte das für höchst merkwürdig. Das bedeutet: Die SPD geht in den Wahlkampf und sagt: „Leute, wählt uns! Aber was wir mit eurer Stimme machen, wissen wir selber noch nicht.“ Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass viele Leute einen solchen Weg gehen. Wenn ich mich entscheiden muss, muss ich doch wissen, wofür ich mich entscheiden soll. Mich für eine Partei zu entscheiden, die von sich selber sagt: „Ich bin noch unentschieden. Was wir machen, werden wir dann sehen“, halte ich demokratietheoretisch für höchst bedenklich. Das bedeutet, dass ungefähr zwei Millionen Wähler versuchen, sich zu entscheiden; und dann sind das zwei- bis dreitausend Mitglieder einer Partei, die nach der Wahl entscheiden, wo es langgeht. Das halte ich demokratietheoretisch für einen Irrweg. Und deswegen kann ich mich darüber nur wundern.

7 Eine persönliche Frage zum Schluss

Zum Abschluss unseres Gespräches würden wir gerne kurz über Ihre persönliche Biographie sprechen: Inwiefern wurde Ihre Politik durch Ihre Erfahrungen als Chefarzt geprägt?

Als Chefarzt hat man wenigstens Erfahrung mit der Leitungstätigkeit, das hat mir genützt. Dazu gehört, dass man seine Mitarbeiter mitnehmen muss bei jeder Entscheidung. Einsame Entscheidungen machen einsam; einsamer als man vorher schon ist. Man muss jeden, den man braucht für die Mitarbeit, in den Entscheidungsprozess einbinden. Aber es muss auch klar sein, wer die Endverantwortung hat.

Es ist interessant, dass Sie sagen, Sie hätten durch Ihre Chefarztstätigkeit das Führen gelernt und hätten das auch in der Politik, z. B. bei der Führung Ihrer Mitarbeiter, angewendet.

Es gibt ein wunderbares Buch aus den Siebzigerjahren: „Leiten heißt führen, ohne zu befehlen“. Und das hat mir geholfen. Man muss führen auch ohne zu befehlen. Das heißt: Man muss die Leute mitnehmen, wo man hin will. Das heißt: Man braucht sein eigenes Ziel und überzeugende Argumente und Mitarbeiter, mit denen man diesen Weg gehen kann. Das hat mir bei der Leitung einer Klinik genutzt und auch bei der Leitung eines Kabinetts. Ich habe das Buch schon vor vielen Jahren gelesen, und es hat mich überzeugt. Sie können auch als Chefarzt keinen Kopfstand machen. Sie brauchen Mitarbeiter, die mit Ihnen mitgehen, denen Sie vertrauen können und die auch Ihnen vertrauen – und das brauchen Sie auch in der Politik. Gehen Sie mal davon aus, überall wo es um Menschen geht, spielen menschliche Probleme eine große Rolle – auch in der Politik, auch in der Wissenschaft oder in der Medizin.

Sie sind erst mit Mitte Fünfzig in die Politik gegangen, nachdem Sie ungefähr 30 Jahre als Arzt gearbeitet hatten. Sie hatten also einen anderen Erfahrungshintergrund als andere Politiker, die mit Anfang oder Mitte Zwanzig ihre politische Karriere beginnen, ohne vorher länger in einem Beruf gearbeitet zu arbeiten. Hat Ihnen das für Ihre Arbeit als Politiker genutzt?

Ich behaupte von mir, dass ich in der Zeit, in der ich noch nicht in der Politik tätig war, auch nicht dümmer geworden bin. Es gibt in allen Lebensbereichen Erfahrungen, die einem in der Politik nützen können. Und ich war nicht von der Politik abhängig. Wenn ich nicht mehr gewählt worden wäre, hätte ich arbeiten können. Das bringt eine ganz andere Selbstsicherheit.

Politik und Regieren in Sachsen-Anhalt

Träger, H.; Priebus, S. (Hrsg.)

2017, VIII, 449 S. 12 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-13688-8